

**EINE VERPASSTE GELEGENHEIT? DER GRENZÜBERGANG HÖLL - LÍSKOVÁ
UND DIE BEMÜHUNGEN UM SEINE WIEDERERÖFFNUNG**

**PROMEŠKANÁ PŘÍLEŽITOST? HRANIČNÍ PŘECHOD HÖLL – LÍSKOVÁ
A SNAHA O JEHO ZNOVUOTEVŘENÍ**

Markus Alexander Meinke

Klíčová slova:

Schlüsselwörter: Key Words:

Abstrakt:

Abstraktum:

Abstract:

Grenzen als Wirtschaftsfaktor

Grenzen verfügen seit jeher über unterschiedliche Funktionen. Sie sind Ausdruck staatlicher Macht, wirken als Institutionen zur territorialen Festlegung eines Einfluss- oder Herrschaftsbereichs und schaffen Distanz gegenüber externen Gruppierungen. Im politischen wie im militärischen Sinne fungieren Grenzen als Schutz- und Verteidigungslinien, die entsprechend dem Verhältnis zu anderen Staaten mehr oder weniger offen bzw. geschlossen gestaltet werden und je nach Situation zwischen den Extremen eines freien und ungehinderten Übergangs oder einer vollständigen Absperrung und Kontrolle variieren. Grenzen bilden jedoch auch Interaktionsräume, in denen es zu einem regen Austausch zwischen zwei benachbarten Gebieten kommen kann. Sie ermöglichen – vergleichbar einer Membrane – einen geregelten Transfer von Gütern, die im jeweils anderen Land kaum oder zumindest leichter verfügbar sind und begünstigen so in den nicht selten durch ihre Randlage benachteiligten Regionen entlang einer Grenze die Entstehung neuer Industrien und wirtschaftlicher Prosperität. Vielfach stehen beide Aspekte in Wechselwirkung zueinander, d.h. der offene Übergang zwischen zwei Regionen fördert zugleich auch deren ökonomischen Progress, wohingegen eine konflikt- oder systembedingte Abgrenzung für gewöhnlich mit einer wirtschaftlichen Verschlechterung im Grenzraum einher geht.¹

Besonders anschaulich lässt sich dieser Effekt anhand des bayerisch-böhmischen Grenzgebietes nachvollziehen. Über Jahrhunderte fand hier ein intensiver Handel mit Waren zwischen Ost und West statt, in dessen Umfeld entlang der wichtigsten Verkehrsverbindungen städtische Siedlungen entstanden. Deren Bewohner wiederum nutzten die unmittelbare Grenznähe zum Aufbau von regionalspezifischen Wirtschaftszweigen. Auf der bayerischen Seite der Grenze entwickelten sich so im Raum zwischen Hof und Passau vor allem Glas- und Porzellanmanufakturen sowie holzverarbeitende Betriebe, die ihre Rohstoffe aus dem benachbarten Böhmen bezogen. Obgleich politische Spannungen wiederholt kurzzeitige Störungen der Warenströme bedingten, konnte diese Symbiose bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs aufrechterhalten werden. Erst die Aussiedlung der deutschen Bevölkerungsteile, die Etablierung einer kommunistischen Regierung in der Tschechoslowakei und die Errichtung des „Eisernen Vorhangs“ führten zum weitgehenden

¹ Zur Funktion und Bedeutung von Grenzen vgl. Gräf, Dennis / Schmöller, Verena (Hrsg.): Grenzen. Konstruktionen und Bedeutungen. Passau 2009, S. 9-17. Siehe ebenso: Eigmüller, Monika / Vobruba, Georg (Hrsg.): Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes. Wiesbaden 2006, S. 9/10. Darin besonders: Rokkan, Stein: Differenzierung und Grenzbildung, S. 25-36; Medick, Hans: Grenzziehungen und die Herstellung des politisch-sozialen Raumes, S. 37-51; Bös, Mathias / Zimmer, Kerstin: Wenn Grenzen wandern: Zur Dynamik von Grenzverschiebungen im Osten Europas, S. 157-184. Zudem: Hecker, Hans (Hrsg.): Grenzen. Gesellschaftliche Konstitutionen und Transfigurationen. Essen 2006, S. 9-24.

Abbruch sämtlicher regionaler Verflechtungen zwischen beiden Ländern und damit auch zum Verlust der wirtschaftlichen Grundlage grenznaher Betriebe.²

Der in der Nähe des bayerischen Grenzortes Waldmünchen gelegene Grenzübergang Höll – Lísková (Haselbach) kann als beispielhaft für diese Entwicklung gelten. Im vorliegenden Beitrag werden einerseits die sozioökonomischen Auswirkungen seiner Schließung nach 1945 auf den bayerischen Landkreis Waldmünchen (bis 1972) betrachtet und andererseits auf der Grundlage von Archivadokumenten die Versuche der Regionalpolitik analysiert, dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Zentral ist hierbei die Frage, ob die aus den verfügbaren Aktenmaterialien der Jahre 1956 bis 1971 erkennbaren Bemühungen und Strategien der Waldmünchner Politiker, eine Wiedereröffnung des Grenzübergangs zu erwirken, tatsächlich reale Handlungschancen boten³, oder ob sie im Hinblick auf übergeordnete weltpolitische Entscheidungen lediglich ein Zeichen guten Willens bleiben mussten.

Dass sich die Untersuchung speziell auf den Grenzübergang Höll – Lísková fokussiert, ist sowohl durch dessen Sonderrolle als Holzeinfuhrstelle während des Kalten Krieges als auch durch die Quellenlage bedingt. Der Aktenbestand des Bezirksamtes Waldmünchen im Staatsarchiv Amberg dokumentiert umfassend den Schriftverkehr zwischen dem Landratsamt Waldmünchen, der Bayerischen Staatsregierung und den tschechoslowakischen Behörden und gestattet so eine detaillierte Rekonstruktion der Vorgänge zwischen den 1950er und 1970er Jahren, die es – ergänzt durch zeitgenössische Pressemeldungen und fachbezogene Publikationen – nachfolgend in einen gesamthistorischen Kontext einzubetten und entsprechend zu bewerten gilt.

Ein Tor nach Osten: Die historische Entwicklung des Grenzübergangs Höll – Lísková bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs

Vergleichbar Brücken fungieren Grenzübergänge als Nahtstellen zwischen zwei Gebieten und haben zumeist eine über Jahrhunderte währende Tradition. Dies gilt umso mehr, je konstanter sich die Grenzen erweisen, an denen sie liegen. Besonders entlang der bayerisch-böhmischen Grenze als einem der ältesten natürlichen Grenzräume Europas finden sich größere und kleinere Ortschaften, die aus ursprünglichen Schutzburgen oder Zollstationen hervorgingen – so auch das vermutlich seit Mitte des 12. Jahrhunderts bestehende und 1256 erstmals

² Jílek, Tomáš, u.a.: Der Eiserner Vorhang. Die tschechoslowakische Grenzsicherung an der Landesgrenze zu Bayern 1948 bis 1989. Pilsen 2009, S. 6-9.

³ Vgl. auch: Eigmüller / Vobruba, S. 9/10; Medick, S. 50. Eigmüller / Vobruba bemerken hierzu: „Grenzen als Institutionen definieren Handlungschancen und – restriktionen; auf die Grenze bezogenes Handeln wiederum wirkt auf die institutionelle Gestaltung von Grenzen zurück.“

urkundlich erwähnte Waldmünchen.⁴

An der alten Heeres- und Handelsstraße von Nürnberg nach Pilsen gelegen, wurden hier schon seit dem Mittelalter Maut und Zölle erhoben und der Warenaustausch zwischen Bayern und Böhmen abgewickelt. Ab der Mitte des 16. Jahrhunderts entstand zudem eine Postverbindung von und nach Prag, die Waldmünchen zu einem Verkehrsschnittpunkt erhob.⁵ Die in unmittelbarer Nähe befindlichen Dörfer Höll und Haselbach, das spätere Lísková, spielten dabei zunächst nur eine untergeordnete Rolle. Als Grenzübergang bedeutsam wurden sie erst nach dem Spanischen Erbfolgekrieg (1701–1714) und den hieraus resultierenden territorialen Veränderungen zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Infolge der Auseinandersetzungen zwischen Österreich und dem Kurfürstentum Bayern wurde das einstmals bayerische Haselbach dem unter Einfluss der Habsburger Monarchie stehenden Königreich Böhmen zugesprochen und die Grenzlinie mit dem 1764 zwischen Maria Theresia von Österreich und dem bayerischen Kurfürsten Maximilian III. Joseph geschlossenen Habsburgisch-Wittelsbachischen Vertrag zwischen beide Ortschaften verlegt.⁶ Dieser Grenzzustand blieb schließlich über das Ende des Ersten Weltkriegs hinaus durch die Festlegungen der Pariser Friedenskonferenz gewahrt und wurde auf den neu entstehenden tschechoslowakischen Staat übertragen.⁷

Seither fungierte der Übergang zwischen Höll und Haselbach (Lísková) als Verbindungspunkt zwischen Bayern und Böhmen, über den sowohl Waren des täglichen Bedarfs als auch für die Wirtschaft der Region bedeutsame Rohstoffe transportiert wurden. Während man vor allem Eisen, Salz, Süßstoffe und Maschinen nach Osten ausführte, zählten in umgekehrter Richtung Nutztiere, Kaffee, Mehl, Schuhe und Holz zu den bevorzugten Handelsgütern.⁸ Besonders die Holzimporte aus den umfangreichen Waldbeständen um die böhmischen Städte Taus (Domažlice) und Ronsperg (Poběžovice) bildeten eine zentrale materielle Grundlage für die Waldmünchener Sägewerke und begünstigten damit die wirtschaftliche Entwicklung der Region.⁹

Angesichts dieser engen ökonomischen Verflechtungen konnte eine Schließung des Übergangs nicht ohne Konsequenzen bleiben. Nachdem infolge des Münchner Abkommens von 1938 die Grenzlinie durch den Anschluss der Sudetendeutschen Gebiete nach Osten

⁴ Waldmünchen. Geschichte einer Stadt. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stamsried 2010, S. 155. Jílek, S. 8.

⁵ Waldmünchen, S. 195, 208, 211.

⁶ Waldmünchen, S. 212/213.

⁷ Jílek, S. 10.

⁸ Waldmünchen, S. 211.

⁹ Staatsarchiv Amberg (StAAm)/Bezirksamt (BZA)/Waldmünchen/768: Schreiben an den Ausschuß für Grenzlandfragen im Bayerischen Landtag vom 28.02.1958.

verschoben wurde und die Kontrollstelle Höll – Lísková während der folgenden Jahre jegliche Funktion verlor, kam es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu einer Restauration des vormaligen Grenzverlaufs, die zugleich mit einer Sperrung sämtlicher Verkehrswege nach Bayern einherging.¹⁰ Seitens der tschechoslowakischen Regierung unter Edvard Beneš bestand in Anbetracht der Erfahrungen während der deutschen Besatzungszeit und im Hinblick auf die Aussiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung kein Interesse daran, die vor dem Krieg bestehende Infrastruktur aufrecht zu erhalten. So wurde 1945 auch der Grenzübergang Höll – Lísková durch Barrieren und Gräben unpassierbar gemacht.¹¹

Die nach Kriegsende vollzogene Abriegelung der Grenze bot zunächst jedoch noch Hoffnung, dass es sich nur um einen vorübergehenden Zustand handeln könnte und es im Zuge einer Normalisierung der politischen Verhältnisse zu einer neuerlichen Öffnung der einstigen Übergangsstellen kommen würde. Erst die Regierungsübernahme der Kommunistischen Partei in Prag am 25. Februar 1948 und der damit verbundene Aufbau des „Eisernen Vorhangs“ verdeutlichten, dass von einer baldigen Änderung der Lage abzusehen war.¹² Mit der seit 1951 gezielt vorangetriebenen Errichtung von Grenzanlagen zogen sich alsbald auch über die ehemalige Straße von Höll nach Lísková Stacheldrahtzäune und Eisensperren, die jegliche Verbindung ins Nachbarland unterbanden und die Trennung dauerhaft manifestierten.¹³

Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit – Auswirkungen der Grenzschießung auf den Landkreis Waldmünchen

Bereits der historische Abriss über die Entwicklung des Grenzübergangs Höll – Lísková zeigt, welche wirtschaftliche Bedeutung diesem für die Region Waldmünchen vor dem Zweiten Weltkrieg zukam. Nicht nur im Hinblick auf Zolleinkünfte und die Versorgung mit Alltagsgütern, sondern vor allem für die dort ansässige holzverarbeitende Industrie stellte er einen entscheidenden Wirtschaftsfaktor dar, der durch die Holzimporte aus Böhmen die ökonomische Infrastruktur der Gegend stützte und Beschäftigungsmöglichkeiten schuf. Entsprechend tief war der Einschnitt, den die Schließung der Grenze nach 1945 hinterließ. Betriebsschließungen, hohe Arbeitslosenzahlen und Bevölkerungsverluste durch

¹⁰ Waldmünchen, S. 213

¹¹ Waldmünchen, S. 140.

¹² Hoensch, Jörg K.: Geschichte der Tschechoslowakei. 3. verbesserte und erweiterte Auflage. Stuttgart 1992, S. 137/138; Jílek, S. 14.

¹³ Jílek, S. 20/21.

Abwanderung waren die unmittelbaren Folgen, die sich aus der neu entstandenen Randlage des Kreises Waldmünchen ergaben. Dabei handelte es sich durchaus um kein lokal begrenztes Phänomen. Schon 1946 war der tschechoslowakische Export nach Deutschland um nahezu 50 Prozent eingebrochen und bewegte sich fortan auf niedrigem Niveau, um in der ersten Hälfte der 1950er Jahre abermals einen Rückgang zu erfahren.¹⁴ Wenngleich der damalige US-Staatssekretär für den Außenhandel noch im März 1948 auf die Bedeutung des Imports von Holz und anderen Rohstoffen aus Osteuropa für den Wiederaufbau Europas hinwies, so traten angesichts der weltpolitischen Lage zu Ende der 1940er Jahre wirtschaftliche Interessen doch hinter ideologische Differenzen zurück.¹⁵

Unter diesen Voraussetzungen war auch im Gebiet von Waldmünchen keine schnelle Verbesserung der Situation zu erwarten. Trotzdem bemühten sich die dortigen Regionalpolitiker früh, eine Lösung für die Probleme ihres Landkreises zu finden, die sie durch eine Wiederinbetriebnahme des Grenzüberganges Höll – Lísková zu erreichen hofften. Erste Ansätze hierfür bot ihnen die Öffnung des gleichsam seit 1945 geschlossenen Übergangs zwischen Schirnding und Pomezí nad Ohří (Mühlbach), den die tschechoslowakischen Behörden aufgrund des wachsenden Verkehrsaufkommens am 15. September 1956 auf eigenen Wunsch als zweiten Straßenübergang neben Waidhaus – Rozvadov (Roßhaupt) frei gaben.¹⁶ Zudem zeichnete sich zu Mitte der 1950er Jahre eine Wende in der tschechoslowakischen Außenhandelspolitik ab, die zu einer ersten vorsichtigen Intensivierung bilateraler Handelskontakte führte.¹⁷

Offensichtlich ermutigt durch diese Entwicklungen richtete das Landratsamt Waldmünchen am 1. August 1956 je ein Schreiben an die Bayerische Staatskanzlei in München und die Regierung der Oberpfalz, in der es unter Berufung auf die Vorgänge in Schirnding darum bat, bei Verhandlungen mit der Tschechoslowakei auch den Übergang Höll – Lísková für eine erneute Öffnung vorzuschlagen. Eine solche, so argumentierte man, wäre infolge einer Belebung des Durchgangsverkehrs auf der Straßenverbindung von Nürnberg nach Pilsen, nicht nur für die bestehenden Sägewerke von Bedeutung, sondern könnte zugleich eine Neuansiedlung von verarbeitenden oder veredelnden Betrieben für ausländische Rohstoffe begünstigen.¹⁸

¹⁴ Jakubec, Ivan: Schlupflöcher im „Eisernen Vorhang“. Tschechoslowakisch-deutsche Verkehrspolitik im Kalten Krieg. Beiträge zur Unternehmensgeschichte 22. Stuttgart 2006, S. 63/64.

¹⁵ Jakubec, S. 18.

¹⁶ 30 Jahre Bayerische Grenzpolizei 1946 bis 1976. Herausgegeben vom Bezirkspersonalrat beim Präsidium der Bayerischen Grenzpolizei. Koblenz 1976, S. 155.

¹⁷ Jakubec, S. 22/23; Hoensch, S. 150.

¹⁸ StAAm/BZA/Walmünchen/768: Schreiben an die Bayerische Staatskanzlei und an die Regierung der

Aus dem Antrag des Landratsamtes geht deutlich hervor, wie problematisch die Situation dort eingeschätzt wurde. Angesichts einer seit 1952 ständig sinkenden Realsteuerkraft sah man sich gehalten, jede Möglichkeit zu nutzen, um die Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse der Bevölkerung zu verbessern.¹⁹ Die Antwort der Regierung der Oberpfalz vom 28. November 1956 dämpfte allerdings jeglichen Enthusiasmus. Sachlich informierte das Schreiben, dass die tschechoslowakischen Verhandlungspartner kein Interesse an der Eröffnung weiterer Übergänge zeigten und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen als grundlegend für eine mögliche spätere Öffnung der Übergänge in Furth im Wald und Bayerisch Eisenstein voraussetzten.²⁰

So anmaßend diese Forderung erscheinen mag, so wirkte sie aus der Perspektive Prags doch legitim. Immerhin hatte die tschechoslowakische Regierung bereits ein Jahr zuvor, am 10. August 1955, ein offizielles Angebot zur Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen an Bonn unterbreitet.²¹ Dem stand jedoch die gleichsam seit 1955 gültige Hallstein-Doktrin²² der Bundesregierung entgegen, gemäß der die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Staaten, welche die DDR völkerrechtlich anerkannten, abgelehnt wurde. In Anbetracht der seit 1949 bestehenden Verbindungen zwischen Ost-Berlin und Prag musste jeglicher Anspruch der ČSR²³ daher wirkungslos bleiben.²⁴

Die politischen Rahmenbedingungen gestalteten sich demgemäß nicht nur in der Tschechoslowakei schwierig, sondern unterlagen auch in der Bundesrepublik Deutschland Einschränkungen. Hinzu kam der sich zu Ende der 1950er Jahre unter dem Einfluss der zweiten Berlin-Krise erneut verschärfende Ost-West-Konflikt.²⁵ Eine Wiedereröffnung des Grenzübergangs Höll – Lísková war unter diesen Voraussetzungen kaum realisierbar, nicht

Oberpfalz vom 01.08.1956.

¹⁹ Ebd.

²⁰ StAAm/BZA/Walmünchen/768: Schreiben der Regierung der Oberpfalz vom 28.11.1956.

²¹ Jakubec, S. 37/38. Ungeachtet dessen verweist Hoensch darauf, dass sich die Beziehungen zwischen der ČSR und der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Zeitpunkt schon aufgrund des angespannten Verhältnisses Prags gegenüber den Westmächten nicht entwickeln konnten (vgl. Hoensch, S. 152).

²² Die nach dem Staatssekretär Walter Hallstein benannte Hallstein-Doktrin wurde am 9. Dezember 1955 im Rahmen einer Botschafter-Konferenz in Bonn erstmalig durch Außenminister Heinrich von Brentano verkündet und erklärte die Aufnahme oder Unterhaltung von diplomatischen Beziehungen zur DDR als „unfreundlichen Akt“, auf den man für gewöhnlich mit dem Abbruch oder der Nichtaufnahme von diplomatischen Beziehungen zu den betreffenden Staaten reagierte. Hierdurch beabsichtigte man eine außenpolitische Isolation der DDR zu erreichen. Obgleich die Doktrin nicht unumstritten war, wurde sie von der Bundesregierung bis 1969 beibehalten und erst im Zuge der neuen Ostpolitik der Regierung Brandt endgültig aufgegeben.

²³ Bis 1960 behielt die kommunistische Tschechoslowakei die Bezeichnung „Československá republika“ (ČSR) bei. Erst in Folge eines Verfassungsgesetzentwurfs änderte man den Namen des Landes ab April 1960 in „Československá socialistická republika“ (ČSSR) um.

²⁴ Weber, Jürgen: Deutsche Geschichte 1945 bis 1990. 3. erweiterte Auflage. München 2004, S. 83; Hoensch, S. 152.

²⁵ Jakubec, S. 39.

zuletzt, da sowohl die Regierung der Oberpfalz als auch das Bayerische Staatsministerium des Innern dem Anliegen bereits 1957 nur zweitrangige Bedeutung zugemessen hatten.²⁶ Dennoch wurden seitens der Waldmünchner Regionalpolitik in den Jahren 1958 bis 1960 weitere Anstrengungen unternommen, um eine Wiederaufnahme des grenzüberschreitenden Verkehrs zu erreichen.

Dieses Engagement war vor allem der schwierigen wirtschaftlichen Situation des Landkreises in den späten 1950er Jahren geschuldet. Die von jeher nur schwach industrialisierte Region um Waldmünchen erlitt durch den Wegfall der Importe aus Böhmen erhebliche wirtschaftliche Einbußen, die wiederum zu hoher Arbeitslosigkeit und damit zu hohen Fürsorgelasten, d.h. zu hohen Aufwendungen für Arbeitslosengeld und Sozialhilfe führten. Bereits 1958 wies der Bezirk Cham, dem der Landkreis Waldmünchen angehörte, die höchste Arbeitslosenquote im Bundesgebiet auf.²⁷

Insbesondere die Holzverarbeitende Industrie, die vor dem Zweiten Weltkrieg noch über 50 Prozent ihrer Rohstoffe aus den walddreichen Gebieten um die Stadt Domažlice (Taus) bezog, brach nach 1945 weitestgehend zusammen. Zwar gestattete die tschechoslowakische Regierung weiterhin die Ausfuhr von sogenanntem Rundholz über den Grenzbahnhof Furth im Wald – Česká Kubice (Böhmisch Kubitzten), doch erhöhten sich aus dem daraus erwachsenden Umweg über Cham nach Waldmünchen (ca. 80 Kilometer) die Frachtkosten derart, dass sich die Einfuhr des böhmischen Holzes als unrentabel erwies.²⁸ Entsprechend wurden im Zeitraum zwischen dem 1. August 1957 und dem 31. März 1958 lediglich 3.055 rm²⁹ Nadelrundholz nach Waldmünchen importiert. Umgekehrt konnte der Bedarf auch durch die bayerischen Staatsforste nicht zu marktgerechten Preisen gedeckt werden.³⁰

Welche Folgewirkungen sich hieraus ergaben, zeigt ein Blick auf die Beschäftigungszahlen der Sägewerke im Landkreis Waldmünchen im Jahre 1958. Gegenüber 1939 hatten zwei der ursprünglich vier Betriebe ihre Tätigkeit vollständig eingestellt, zwei weitere waren nur noch zu 2/3 ausgelastet:

²⁶ StAAm/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben der Regierung der Oberpfalz an das Staatsministerium des Innern vom 21.05.1958. Siehe zudem: StAAm/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben der Regierung der Oberpfalz an das Landratsamt Waldmünchen vom 05.01.1959.

²⁷ StAAm/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben an den Ausschuß für Grenzlandfragen im Bayerischen Landtag vom 28.02.1958.

²⁸ Ebd.

²⁹ rm = Raummeter. Maßeinheit im Handel mit Holz. Entspricht einem Rauminhalt von einem Kubikmeter geschichteten Holzes, einschließlich der Zwischenräume in der Schichtung. 1,0 Raummeter (rm) = 0,7 Festmeter (fm). Ebenso gebräuchlich für Raummeter ist die Bezeichnung Ster.

³⁰ StAAm/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 20.05.1958.

Betrieb:	Betriebsgröße 1939:	Betriebsgröße 1958:
Hans Bacherl & Sohn Sägewerk Waldmünchen	70 Mitarbeiter	vorübergehend geschlossen
Georg Stoffl Sägewerk Höll – Waldmünchen	80 Mitarbeiter	50 Mitarbeiter
Albert Stadler Sägewerk Waldmünchen	45 Mitarbeiter	30 Mitarbeiter
Franz Reithmeier Sägewerk Beckenhöhle	70 Mitarbeiter	Keine

Beschäftigungszahlen der Sägewerke im Landkreis Waldmünchen 1939 und 1958 ³¹

Diese Entwicklung, die als repräsentativ für die Gesamtsituation der Sägewerke im Grenzbereich zwischen Hof und Passau in den 1950er Jahren gelten kann, erregte denn auch im Bayerischen Landtag Besorgnis. Während einer Sitzung des Grenzlandausschusses Ende Februar 1958 charakterisierte der Abgeordnete Schuster die Situation als „*Katastrophe*“ und sprach von einer „*volkswirtschaftlichen Krise im Grenzland*“. ³² Ungeachtet dessen hielten die Regierungsbehörden an ihrer Auffassung fest, dass eine Öffnung des Grenzübergangs Höll – Lísková nicht zur Debatte stünde und maßen stattdessen der Wiedereröffnung des Grenzübergangs Furth im Wald / Schafberg Priorität bei. ³³

In Reaktion hierauf wandte sich das Landratsamt Waldmünchen 1958 an das Bundesfinanzministerium und an das Mitglied des Deutschen Bundestages Alois Niederal ³⁴, den man um Fürsprache für die Wiedereröffnung des Grenzübergangs ersuchte. ³⁵ Doch auch auf Bundesebene war dem Anliegen kein Erfolg beschieden. Obwohl der Waldmünchner Landrat Franz Xaver Hegerl mit einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und der Senkung der Fürsorgelasten argumentierte, wurde der Antrag mit Verweis auf den geringen gesamtwirtschaftlichen Nutzen erneut zurückgewiesen. ³⁶ Hegerl konterte auf die Ablehnungen in einem Schreiben vom 31. Januar 1959 mit der Bemerkung:

³¹ StAAM/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Arbeitsamtes Cham vom 06.02.1958. Zahlen ebd.

³² StAAM/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben an die Bayerische Staatskanzlei München vom 14.03.1958. Zitate ebd.

³³ StAAM/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben der Regierung der Oberpfalz an das Staatsministerium des Innern vom 21.05.1958. Siehe zudem: StAAM/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben der Regierung der Oberpfalz an das Landratsamt Waldmünchen vom 22.05.1959.

³⁴ Alois Niederal, geb. am 10. April 1911 in Niedermurach/Opf., gest. am 16. Juli 2004 in München, war von 1953 bis 1969 Mitglied des Deutschen Bundestages und vertrat dort bis 1965 den Wahlkreis Cham. Von 1962 bis 1966 bekleidete er zudem das Amt des Bundesministers für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder. Seit 1953 gehörte Niederal der CSU an.

³⁵ StAAM/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Mitglieds des Deutschen Bundestages Alois Niederal an Landrat Hegerl vom 05.07.1958.

³⁶ StAAM/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 20.05.1958. Siehe ebenso: StAAM/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Landrats Hegerl an die Regierung der Oberpfalz vom 08.06.1959.

*„Wenn aber bei der Regierung so wenig Bereitschaft festzustellen ist, den Antrag so zu vertreten wie er gestellt wurde, dann muß erwogen werden, auf anderen Wegen (Arbeitsgemeinschaft Grenzland) zum Ziele zu gelangen.“*³⁷

Auch wenn die Reaktion Hegerls verständlich erscheint, so ist zu der Entscheidung des Bundesfinanzministeriums und der Bayerischen Staatsregierung doch anzumerken, dass sie in realistischer Einschätzung der Situation erfolgte. Angesichts der politischen Gesamtlage und der mangelnden Bereitschaft der tschechoslowakischen Regierung zur Freigabe kleinerer Übergänge blieb eine Grenzöffnung bei Höll weiterhin unwahrscheinlich, zumal von beiden Seiten offenkundig eine Wiedereröffnung in Furth im Wald favorisiert wurde.³⁸

Hegerl entschloss sich indes, auf lokaler Ebene die Initiative zu ergreifen und das Anliegen einer Grenzöffnung unmittelbar bei den tschechoslowakischen Behörden vorzubringen. Gegenüber der Regierung der Oberpfalz bemerkte er, unter Verweis auf vormalige Verhandlungserfolge mit tschechischen Grenzoffizieren³⁹, am 18. Januar 1960:

*„Sollten sich künftig wieder einmal Möglichkeiten ergeben, daß tschechische Offiziere zu irgendwelchen Erörterungen am Schlagbaum bereit sind, wird von hier aus örtlich versucht werden, das Anliegen der Öffnung des Grenzübergangs Höll - Haselbach für den kleinen Grenzverkehr zur Sprache zu bringen.“*⁴⁰

Da Kontakte zu den tschechoslowakischen Grenzorganen auch andernorts zu kleineren Fortschritten und Verbesserungen der Grenzsituation geführt hatten, stellte das Vorgehen Hegerls – trotz seines eigenmächtigen Charakters – zumindest eine Option gegenüber dem formellen Weg über die Regierungsbehörden dar. Immerhin ließ sich zu Beginn der 1960er Jahre eine allgemeine Intensivierung der Beziehungen zu tschechoslowakischen Institutionen beobachten, aus der sich neue Handlungschancen ergaben. Dass diese zwar nicht die Öffnung weiterer Übergangsstellen bedeuteten, doch wenigstens Möglichkeiten für temporäre Grenzübertritte boten, zeigten die Gesprächserfolge der lokalen Sägewerksindustrie während der kommenden Monate.

³⁷ StAAm/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Landratsamts Waldmünchen vom 31.01.1959.

³⁸ StAAm/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben der Regierung der Oberpfalz an das Landratsamt Waldmünchen vom 05.01.1960.

³⁹ Hegerl bezog sich hierbei auf die Reinigung der Quellen der Stadt Waldmünchen, die sich auf tschechischem Gebiet befinden und durch Verschmutzung nahezu versiegt waren. Obgleich von höheren Stellen eine Kontaktaufnahme mit der tschechoslowakischen Seite zurückgewiesen wurde, gelang es im direkten Gespräch mit Grenzoffizieren, eine Lösung zu erzielen.

⁴⁰ StAAm/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Landrats Hegerl an die Regierung der Oberpfalz vom 18.01.1960.

Anzeichen eines Wandels? Die temporäre Öffnung des Grenzübergangs Höll – Lísková für Holzeinfuhren

Es wurde bereits zuvor auf die Problematik der Hallstein-Doktrin verwiesen, die diplomatische Beziehungen zur Tschechoslowakei ohne eine Änderung deren politischer Haltung zur DDR ausschloss und damit direkte Verhandlungen der Bundesregierung mit Prag unterband. Dies implizierte zugleich, dass erste grenzüberschreitende Kontakte zwischen Ost und West nur auf inoffiziellen Wege realisiert werden konnten, weshalb sich insbesondere die Handelsbeziehungen mit der Tschechoslowakei zunächst auf der Grundlage privater Initiativen entwickelten.⁴¹

Als beispielhaft hierfür kann der Fall des Waldmünchner Sägewerksbetriebs „Hans Bacherl & Sohn“ angesehen werden. Während auf übergeordneter politischer Ebene keine Annäherung zu verzeichnen war, gelang es dem Unternehmen im Kleinen, eine kurzfristige Lockerung der verhärteten Grenzsituation herbeizuführen. Durch Gespräche mit den zuständigen tschechoslowakischen Organen erwirkte es – ohne die Intervention staatlicher Stellen – eine Sonderregelung, die ihm die Abfuhr von 1000 Festmetern gekauftem Rundholz direkt über die Grenze am „Böhmischen Eck“ bei Höll gestattete. Ende September 1960 konnte so erstmals seit der Errichtung des Eisernen Vorhangs die Grenze im Bereich Waldmünchen wieder legal überquert werden.⁴² Wenngleich die Öffnung nur sieben Wochen andauerte und vorerst ohne direkte Auswirkungen auf den Grenzübergang Höll – Lísková blieb, ließ sich hieraus doch eine tendenzielle Kooperationsbereitschaft der Tschechoslowakei erkennen, die man seitens des Landratsamtes Waldmünchen zum Anlass für weitere Bemühungen um eine Freigabe des grenzüberschreitenden Verkehrs bei Höll nahm.⁴³ In einem entsprechenden Antragsschreiben an die Bayerische Staatskanzlei vom 30. September 1960 bemerkte Landrat Hegerl kritisch:

„Da die langjährigen Bemühungen der Landkreisverwaltung um Öffnung des Grenzüberganges in der Öffentlichkeit aus Kreistags-Sitzungsberichten bekannt sind, war es dem Ansehen der Kreisverwaltung abträglich, daß ein Privatmann in dreitägiger Reise erreicht, was die Behörde in vier Jahren nicht durchsetzen kann. Deshalb darf [...] um Unterstützung des Antrages gebeten werden.“⁴⁴

Das großzügige und schnelle Entgegenkommen der tschechoslowakischen Behörden

⁴¹ Jakubec, S. 23.

⁴² Bayerwald-Echo vom 26.09.1960.

⁴³ Bayerwald-Anzeiger vom 19.11.1960.

⁴⁴ StAAm/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Landrats Hegerl an die Bayerische Staatskanzlei, das Bayerische Staatsministerium und die Regierung der Oberpfalz vom 30.09.1960.

gegenüber der Firma Bacherl & Sohn muss allerdings in den Gesamtkontext der wirtschaftlichen Situation des Landes zu Beginn der 1960er Jahre eingeordnet werden. Angesichts einer allgemeinen ökonomischen Verschlechterung in den Staaten des Comecon⁴⁵ bedurfte auch die ČSSR dringend westlicher Devisen, die sich nicht zuletzt durch den lukrativen Holzexport in die Bundesrepublik Deutschland erwirtschaften ließen.⁴⁶ Um Käufer anzuwerben war es jedoch erforderlich, deutliche Vorteile gegenüber westlichen Konkurrenten wie beispielsweise die Abgabe größerer Mengen oder den kostengünstigen und ortsnahen Transport des Holzes zu bieten. So wurde bis November 1960 drei Firmen aus Wunsiedel, Haunzenberg und Eslarn ebenfalls die Erlaubnis zur direkten Abfuhr des Holzes über die grüne Grenze erteilt.⁴⁷

Wirtschaftliche Motive und Devisenknappheit begünstigten folglich die Bereitschaft der ČSSR, den Eisernen Vorhang kurzzeitig zu liften. Sie waren jedoch klar von politischen Motiven zu trennen, die weiterhin deutlich überwogen. Zwar führten neuerliche Geschäftskontakte zwischen der Firma Bacherl & Sohn und dem tschechoslowakischen Außenhandelsunternehmen Ligna ab April 1963 tatsächlich zu einer temporären Öffnung des Grenzübergangs Höll – Lísková zum Zwecke der Holzeinfuhr, doch wurde keine dauerhafte Freigabe desselben in Aussicht gestellt.⁴⁸ Bei entsprechenden Verhandlungen ließen die tschechoslowakischen Organe wiederholt erkennen, dass es sich nur um eine vorübergehende Sonderregelung handelte und erst die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bzw. eine Revision des Münchner Abkommens von 1938 die Grundlage weiterer Gespräche bilden könnte.⁴⁹

⁴⁵ Comecon (Council for Mutual Economic Assistance): entspricht dem 1949 gegründeten Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), dem die Tschechoslowakei bis zu dessen Auflösung im Jahre 1991 angehörte.

⁴⁶ Hoensch, S. 159, 161; Jakubec, S. 21.

⁴⁷ StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an die Regierung der Oberpfalz vom 21.11.1960; StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Fachverbands Bayerischer Sägewerke vom 18.07.1963.

⁴⁸ StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Landrats Hegerl an das Bayerische Staatsministerium des Innern vom 15.05.1963.

⁴⁹ StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben der Firma Hans Bacherl & Sohn an das Landratsamt Waldmünchen vom 17.05.1963; StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Bayerischen Staatsministers des Innern an Landrat Dr. Max Fischer vom 12.07.1963; StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an die Regierung der Oberpfalz vom 21.11.1960.



Holzeinfuhr am ehemaligen Grenzübergang Höll – Lísková 1963 (Quelle: Reinhold Balk)

Ungeachtet dessen ermutigten die schrittweisen Erfolge der vergangenen Jahre das Landratsamt Waldmünchen, sich ab 1963 erneut für eine Wiedereröffnung des Übergangs bei Höll einzusetzen. In einem Schreiben an das Bayerische Staatsministerium des Innern vom 15. Mai 1963 vertrat Landrat Hegerl den Wunsch, „*der Grenzübergang möge doch auch weiterhin für den Grenzverkehr geöffnet bleiben*“ und verwies dabei besonders auf die Bevölkerungsverluste des Landkreises, die es mit einer größeren wirtschaftlichen Attraktivität durch die Öffnung der Grenze einzudämmen gelte.⁵⁰ Tatsächlich war die Einwohnerzahl in der Region Waldmünchen von 19.576 Personen im Jahr 1950 auf 16.006 Personen im Jahr 1960 gesunken – ein Umstand, der sich angesichts eines Geburtenüberschusses in den 1950er Jahren vor allem durch die Abwanderung der Bevölkerung in die wirtschaftlichen Ballungsräume Nürnberg, München und Regensburg erklärte und dringenden Handlungsbedarf erkennen ließ.⁵¹

⁵⁰ StAAm/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Landrats Hegerl an das Bayerische Staatsministerium des Innern vom 15.05.1963. Zitat ebd.

⁵¹ StAAm/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Landrats Hegerl an die Bayerische Staatskanzlei, das Bayerische Staatsministerium und die Regierung der Oberpfalz vom 30.09.1960. Zahlen ebd. Zudem: StAAm/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Landrats Hegerl an das Bayerische Staatsministerium des Innern vom 15.05.1963; StAAm/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Landtagsabgeordneten Max Fischer an das Bayerische Staatsministerium des Innern vom 30.05.1963.

Den Bemühungen des Landratsamtes stand jedoch die geplante Wiedereröffnung des nur 20 Kilometer entfernten Straßengrenzübergangs Furth im Wald / Schafberg – Folmava (Vollmau) entgegen, der weiterhin sowohl von bayerischer wie von tschechoslowakischer Seite favorisiert wurde. Obgleich der Fachverband der Bayerischen Sägewerke in einem Schreiben vom 22. November 1963 nochmals darauf verwies, dass eine Öffnung in Höll aus wirtschaftlichen Gründen zweckmäßiger sei, nahmen die Vorbereitungen in Furth zu Ende des Jahres konkrete Formen an.⁵² Zwei in unmittelbarer Nähe befindliche Grenzübergangsstellen konnten aber hinsichtlich einer möglichst lückenlosen Sicherung des Eisernen Vorhangs schon aus Prinzip nicht im Interesse der ČSSR liegen. Zudem regte sich auch auf bayerischer Seite Widerstand gegen die Einrichtung zusätzlicher Übergänge. Die Forstwirtschaft im Grenzgebiet fürchtete durch die Einfuhr des tschechoslowakischen Holzes Preis- und Absatzverluste und sprach sich daher über ihre Kreisverbände „nachdrücklich“ gegen weitere Importe aus.⁵³ Inwiefern diese Sorgen berechtigt waren, bleibt schwer einzuschätzen. Fakt ist, dass die Einfuhren aus der Tschechoslowakei (1962: 68.113 fm⁵⁴ Nadelstammholz) innerhalb eines Staatshandelsvertrages verrechnet wurden, also die vertraglich festgelegten Mengen nicht überschritten und zudem im Vergleich zur Gesamtmenge des in der Oberpfalz und in Niederbayern eingeschlagenen Holzes (1963: 1.054.000 fm Nadelstammholz) eine vernachlässigbare Größe darstellten.⁵⁵

Indes erweckte eine zu Ende des Jahres 1963 kursierende Meldung erneut die Hoffnung des Landratsamtes Waldmünchen, die Grenzfrage zu seinen Gunsten entscheiden zu können. Die inoffizielle Mitteilung, gemäß der die Tschechoslowakei eine Öffnung des Übergangs bei Lísková in Erwägung zog, erwies sich jedoch als gegenstandslos.⁵⁶ Auch der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel betonte in einem Schreiben vom 23. Januar 1964 abermals, dass die Staatsregierung einer Grenzöffnung bei Höll zwar positiv gegenüberstünde, hob aber

⁵² StAAM/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Fachverbands Bayerischer Sägewerke an die Firma Bacher & Sohn vom 22.11.1963.

⁵³ StAAM/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Bayerischen Staatsministers des Innern an Landrat Dr. Max Fischer vom 12.07.1963. Zitat ebd. Hieraus lässt sich gleichsam eine Schutzfunktion des „Eisernen Vorhangs“ vor der vermeintlich günstigeren Konkurrenz aus Osteuropa ableiten. Vgl. hierzu auch: Eisch, Katharina: Die Grenze. München 1996, S. 122-126. Ebenso: Eisch, Katharina: Die Grenze: Gewalt und Freiheit im bayerisch-böhmischen Grenzraum. In: Brednich, Rolf W. / Hartinger, Walter (Hrsg.): Gewalt in der Kultur. Vorträge des 29. Deutschen Volkskundekongresses Passau 1993. Passau 1994, S. 595-605. Hier: S.597.

⁵⁴ fm = Festmeter. Ein Raummaß für Holz. Im Gegensatz zum Raummeter entspricht ein Festmeter einem Kubikmeter Holz ohne Zwischenräume in der Schichtung. 1,0 Festmeter (fm) = 1,4 Raummeter (rm).

⁵⁵ StAAM/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Fachverbands Bayerischer Sägewerke vom 18.07.1963. Zahlen ebd.

⁵⁶ StAAM/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Landrats Hegerl an die Regierung der Oberpfalz vom 05.12.1963.

hervor, dass die Entscheidung letztendlich bei der tschechoslowakischen Seite läge.⁵⁷ Diese wiederum gab am 18. Juli 1964 offiziell den Verkehr über den Grenzübergang Furth im Wald – Folmava frei und setzte damit den Debatten um Höll ein vorläufiges Ende.⁵⁸ Lediglich die seit 31. Dezember 1963 unterbrochenen Holzeinfuhren wurden dort ab Mai 1964 wieder aufgenommen, eine generelle Öffnung stand nicht weiter zur Diskussion.⁵⁹

„Frühling“ in Höll? Versuche einer Wiedereröffnung im Kontext der politischen Entwicklungen in der Tschechoslowakei während des Jahres 1968

Die gelegentliche Durchführung von Holztransporten konnte zwar als Teilerfolg für eine Lockerung des Eisernen Vorhangs gewertet werden, hatte angesichts der geringen Einfuhrmengen aber kaum positive Auswirkungen auf die Gesamtsituation des Landkreises Waldmünchen. Obgleich seitens der Staatsregierung im Rahmen des sog. „Grenzlandprogramms“ schon seit geraumer Zeit Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Grenzgebiet vorgenommen wurden, erachtete das Landratsamt eine dauerhafte Öffnung des Grenzübergangs Höll – Lísková weiterhin als grundlegend für eine ökonomische Stabilisierung der Region.⁶⁰ Vor diesem Hintergrund beauftragte man Dr. Dietrich Manske aus Erlangen mit einer entsprechenden Studie, die dieser Ende 1966 vorlegte.⁶¹ Sein 14-seitiges Gutachten, das *„positive wirtschaftliche Aspekte einer Grenzöffnung bei Höll, Landkreis Waldmünchen, im südlichen Hohen Oberpfälzer Wald“* erörterte, wurde am 27. Februar 1967 von Landrat Heinrich Eiber, seit Mai 1964 der Nachfolger Hegerls in Waldmünchen⁶², an die Bayerische Staatskanzlei übersandt und verließ die Diskussion erneuten Auftrieb, ohne jedoch eine grundlegende Veränderung herbeizuführen.⁶³ Am 26. April 1967 beschäftigte sich schließlich auch der Deutsche Bundestag mit der Frage der Öffnung von Grenzübergängen zur Tschechoslowakei. Das entsprechende Sitzungsprotokoll reflektiert nicht nur die damalige Position der Bundesregierung in dieser Angelegenheit, sondern verdeutlicht zugleich das politische

⁵⁷ StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel an den Landtagsabgeordneten Eiber vom 23.01.1964.

⁵⁸ 30 Jahre Bayerische Grenzpolizei 1946 bis 1976, S. 175.

⁵⁹ StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben der Regierung der Oberpfalz an die Landratsämter Oberviechtach, Tirschenreuth, Vohenstrauß und Waldmünchen vom 19.05.1964.

⁶⁰ StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Bayerischen Staatsministers des Innern an Landrat Dr. Max Fischer vom 12.07.1963.

⁶¹ Manske, Dietrich: Positive wirtschaftliche Aspekte einer Grenzöffnung bei Höll, Landkreis Waldmünchen, im südlichen Hohen Oberpfälzer Wald. Erlangen 1966.

⁶² Waldmünchen, S. 144.

⁶³ StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an die Regierung der Oberpfalz vom 04.04.1967.

Dilemma, in dem man sich zum Mitte der 1960er Jahre befand:

„Die tatsächlichen Möglichkeiten, die wir haben, [...], sind natürlich sehr durch den Umstand behindert, daß, [...], keine diplomatischen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland bestehen. Im übrigen vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß in diesen Fragen die Initiative von der tschechoslowakischen Seite ausgehen sollte, und zwar deswegen, weil die Übergangsstellen von der Tschechoslowakei im Jahre 1945 einseitig geschlossen worden sind.“⁶⁴

Die 1967 immer noch gültige Hallstein-Doktrin einerseits und die fehlende Bereitschaft der Tschechoslowakei andererseits, von sich aus zusätzliche Übergangsstellen zu öffnen, entzogen diesbezüglichen Verhandlungen jegliche Basis. Noch im März 1967 hatten die tschechoslowakischen Organe abermals ihr mangelndes Interesse zur Sache bekundet und lediglich eine zeitnahe Freigabe des Straßenübergangs Bayerisch Eisenstein – Železná Ruda (Markt Eisenstein) in Aussicht gestellt.⁶⁵ Trotzdem stieß der in Bonn vertretene Standpunkt, dass eine Initiative seitens der ČSSR erfolgen müsse, in den grenznahen Kreisen auf Widerspruch. In Reaktion auf die Bundestagssitzung vom 26. April schrieb der Chamer Landrat Dr. Max Fischer am 8. Juni 1967 an Landrat Eiber:

„Das ist genau die Auffassung, die wir hier an der Grenze nicht haben. [...]; ich werde andererseits über die Bayer. Staatsregierung Schritte unternehmen, um die Bundesregierung zu einer Revision ihrer Auffassung zu bringen.“⁶⁶

Die zeitlichen Umstände schienen sich dabei für Eiber und Fischer begünstigend auszuwirken. Das am 3. August 1967 nach langjährigen Verhandlungen abgeschlossene Abkommen über die Errichtung von Handelsvertretungen stellte die Beziehungen zwischen Bonn und Prag auf eine neue Ebene und ermöglichte neben dem Warenaustausch und der Erteilung von Visa auch Austauschaktivitäten im Bereich des Verkehrs – ein Umstand der besonders im Hinblick auf den Grenzübergang Höll – Lísková nicht unbedeutend war, ergaben sich hieraus doch zumindest Chancen für eine weitere Intensivierung der Holzeinfuhren.⁶⁷ Gleichzeitig zeichneten sich zu Ende des Jahres 1967 politische Veränderungen in der ČSSR ab, die nach der Wahl Alexander Dubčeks zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPCČ am 5. Januar 1968 zu umfangreichen Liberalisierungsprozessen

⁶⁴ Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Deutschen Bundestags, 5. Wahlperiode, 105. Sitzung, Bonn, 26.04.1967, S. 4851/4852.

⁶⁵ StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an die Regierung der Oberpfalz vom 04.04.1967.

⁶⁶ StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Landrats Dr. Max Fischer an Landrat Eiber vom 08.06.1967.

⁶⁷ Jakubec, S. 50/51; Hoensch, S. 163.

fürten.⁶⁸ Die Auswirkungen des sog. „Prager Frühlings“ machten sich in den kommenden Monaten auch an der Grenze positiv bemerkbar und ließen angesichts größerer Reisefreiheiten und der Aufgeschlossenheit der tschechoslowakischen Grenzorgane die Hoffnung auf die Einrichtung neuer Übergangsstellen aufkommen. Immerhin hatte Landrat Fischer bereits im Mai 1967 bei Gesprächen in Prag erfahren wollen, dass man einer Öffnung der Grenze bei Höll positiv gegenüberstehe.⁶⁹ Auch Landrat Eiber trat bei Gesprächen mit dem Innenministerium in Prag im Dezember 1967 nochmals für eine Freigabe des Übergangs Höll – Lísková ein.

Trotz des sich vollziehenden Wandels in der ČSSR verband sich mit dem „Prager Frühling“ jedoch keine generelle Lockerung des Eisernen Vorhangs. Der Vertreter des tschechoslowakischen Innenministeriums, Dr. Brož, stand einer Grenzöffnung bei Höll Anfang 1968 zwar wohlwollend gegenüber, wies aber auf die wirtschaftliche Rentabilität des Übergangs hin, die für die tschechoslowakische Seite ein entscheidendes Kriterium sei und teilte Landrat Eiber am 2. April 1968 mit, dass er – ungeachtet des positiven Gutachtens von Dr. Manske – für Höll vorläufig keine Zustimmung erteilen könne.⁷⁰ Ökonomische Aspekte und die Wahrung des bestehenden Status quo blieben demgemäß abseits aller politischen Liberalisierungen bestimmend. Es muss hierbei allerdings berücksichtigt werden, dass die zentralen Forderungen der tschechoslowakischen Regierung – die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Revision des Münchner Abkommens – bis zu diesem Zeitpunkt weiterhin nicht erfüllt waren. Zudem nahm der Druck der sowjetischen Führung auf die KPC während der Sommermonate 1968 kontinuierlich zu.⁷¹ Da für 1969 / 70 bereits Grenzöffnungen in Bayerisch Eisenstein – Železná Ruda (Markt Eisenstein) und in Philippsreuth – Strážný (Kuschwarda) angekündigt wurden, hätte jede zusätzliche Öffnung nach Westen angesichts der gespannten Lage als provokativer bzw. revisionistischer Akt gegen Moskau begriffen werden können, den es zu vermeiden galt.⁷² Mit der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten am 21. August 1968 wurden diesbezügliche Verhandlungen jedoch ohnehin obsolet. Ein rasches Arrangement schien angesichts der Vorgänge in der Tschechoslowakei nicht mehr möglich.

Dies musste auch Landrat Eiber erkennen, der im April 1970 nochmals bei der Deutschen

⁶⁸ Hoensch, S. 164 ff.

⁶⁹ StAAM/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Landrats Dr. Max Fischer an den Regierungsvizepräsidenten Dr. Bickel vom 10.05.1967.

⁷⁰ StAAM/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben von Dr. Brož an Landrat Eiber vom 02.04.1968.

⁷¹ Hoensch, S. 167-171.

⁷² StAAM/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben der Regierung der Oberpfalz an die Landratsämter Cham, Neustadt a.d. Waldnaab, Oberviechtach, Tirschenreuth, Vohenstrauß und Waldmünchen vom 11.08.1967.

Handelskommission in Prag um Unterstützung für eine Öffnung des Übergangs in Höll ersuchte, zugleich aber vermerkte, dass „*dieser Wunsch voraussichtlich nicht so schnell realisiert werden kann*“.⁷³ Zwar wurden seit März 1969 erneut Holztransporte über Höll durchgeführt, doch die veränderten politischen Bedingungen in der ČSSR zeigten auch hier unmittelbare Auswirkungen.⁷⁴ Im Zuge der sog. „Normalisierung“⁷⁵ unterwarfen die tschechoslowakischen Behörden den grenzüberschreitenden Verkehr ab Oktober 1970 verschärften Kontrollen und gaben – ungeachtet eines zeitgleich abgeschlossenen Abkommens über den Warenverkehr – im Dezember 1970 die endgültige Schließung des Übergangs Höll – Liskova zum 1. Januar 1971 bekannt.⁷⁶ Fortan musste die seit 1963 regelmäßig praktizierte Holzeinfuhr wieder über den Grenzübergang Furth im Wald abgewickelt werden.⁷⁷ Ausnahmegenehmigungen wurden in der Folge nicht mehr erteilt.

„Normalisierung“ an der Grenze – Die neuerliche Schließung des Übergangs und seine Nutzung für Schwertransporte in die ČSSR

Hatten sich die Verhältnisse jenseits der Grenze seit dem 21. August 1968 abermals entscheidend gewandelt, so vollzogen sich auch auf der bayerischen Seite einschneidende Umstrukturierungen, die die Bemühungen um den Übergang Höll – Lisková auf eine neue Grundlage stellten. Mit der kommunalen Gebietsreform wurde der Landkreis Waldmünchen zum 30. Juni 1972 aufgelöst und der Zuständigkeit des Landkreises Cham überstellt.⁷⁸ Ob das dortige Landratsamt in der Folge gleichsam Anstrengungen zur Wiedereröffnung des Grenzübergangs unternahm, lässt sich aus den gegenwärtig verfügbaren Aktenbeständen nicht erschließen. Faktisch blieb die Situation an der Grenze jedoch seit Januar 1971 unverändert. Hierauf vermochten auch die Entwicklungen auf übergeordneter politischer Ebene keinen Einfluss zu nehmen. Obgleich sich die Bundesregierung im Zuge der internationalen Entspannungspolitik seit Herbst 1969 von der Hallstein-Doktrin distanzierte und seit Oktober

⁷³ StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Landrats Eiber an den Ministerialdirigenten Heipertz, Leiter der Deutschen Handelskommission in Prag, vom 21.04.1970.

⁷⁴ StAam/Grenzpolizeiinspektion (Grepo)/Furth im Wald/39: Schreiben der Firma Hans Bacherl & Sohn an die Grenzpolizeiinspektion Furth i. Wald vom 10.03.1969.

⁷⁵ Als „Normalisierung“ wurde in der Tschechoslowakei die Phase nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ bzw. die Wiederherstellung der Verhältnisse vor dem Jahre 1968 bezeichnet. Sie dauerte im engeren Sinne etwa bis 1971 an.

⁷⁶ StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben des Grenzbeauftragten in Furth im Wald vom Dezember 1970; Hoensch, S. 178; Jakubec, S. 58. Die strikteren Kontrollen und die Revision bisheriger Grenzpraktiken dienten dabei wohl nicht zuletzt der Verhinderung einer sowjetischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der ČSSR.

⁷⁷ StAam/BZA/Waldmünchen/768: Schreiben der Firma Hans Bacherl & Sohn an Landrat Eiber vom 11.12.1970.

⁷⁸ Waldmünchen, S. 143.

1970 offene Verhandlungen mit der Tschechoslowakei aufnahm, zeigte diese wenig Interesse, den Eisernen Vorhang durchlässiger zu gestalten.⁷⁹ Selbst der am 11. Dezember 1973 zwischen der BRD und der ČSSR unterzeichnete „Prager Vertrag“⁸⁰, der mit der Revision des Münchner Abkommens und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwei bislang zentrale Forderungen der tschechoslowakischen Behörden zur Freigabe weiterer Übergänge erfüllte, blieb folgenlos.⁸¹ Dabei hatte der tschechoslowakische Premierminister Lubomír Štrougal noch vor der Unterzeichnung in einem Interview bekundet, dass der Vertrag die Grundlagen für einen Wandel im Verhältnis beider Staaten lege. In dem für den Wirtschafts- und Verkehrsbereich wichtigen Artikel V des Abkommens wurde gar explizit auf „Schritte zur umfassenden Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen“ verwiesen.⁸²

Angesichts der nach 1968 noch stärkeren Einbindung der ČSSR in den RGW⁸³ und der daraus resultierenden ökonomischen Abhängigkeit von der Sowjetunion mussten sich sämtliche Handelsaktivitäten jedoch primär nach Osten richten.⁸⁴ Für die Bewältigung des Warenaustauschs mit Westdeutschland hingegen schienen die bestehenden Grenzübergänge ausreichend.⁸⁵ Trotzdem kam es nach fast sechsjähriger Unterbrechung erneut zur zeitweiligen Nutzung des Übergangs Höll – Lisková. Ab dem 24. November 1976 wurden dort in unregelmäßigen Abständen Schwertransporte in die ČSSR durchgeführt, die an den geöffneten Straßenübergängen aufgrund ihres Gewichts und ihrer Breite nicht abgefertigt werden konnten.⁸⁶ Dass die Initiative hierbei – entgegen der Holzeinfuhren in den 1960er Jahren – von der tschechoslowakischen Seite ausging und die Transporte nur in Richtung ČSSR erfolgten, reflektiert die politischen Umstände jener Zeit. Die temporäre Grenzöffnung in Höll war allein durch die wirtschaftlichen Interessen Prags bestimmt und entzog sich jeglichem Einfluss der BRD.⁸⁷ Der Schlagbaum hob sich nur, wenn in Westdeutschland oder

⁷⁹ Weber, S. 150, 165; Hoensch, S. 181; Jakubec, S. 55.

⁸⁰ Der Prager Vertrag vom 11. Dezember 1973 stellte den letzten großen Vertragsabschluss in der Ostpolitik Willy Brandts dar und erklärte das Münchner Abkommen von 1938 und damit die Abtretung des Sudetenlands für nichtig. Noch am Tage seiner Unterzeichnung wurden diplomatische Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen, die in den 1950er und 1960er Jahren als grundlegend für die Eröffnung weiterer Grenzübergänge erachtet wurden.

⁸¹ Jakubec, S. 55/56; Hoensch, S. 181/182; Weber, S. 165.

⁸² Jakubec, S. 56. Zitat ebd.

⁸³ Der RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) wurde im Januar 1949 als wirtschaftlicher Zusammenschluss der sozialistischen Staaten auf Initiative der Sowjetunion gegründet, um die ökonomischen Aktivitäten innerhalb des Ostblocks zu koordinieren und eine Spezialisierung der Industrien in den Mitgliedsstaaten zu erreichen. Im Zuge der politischen Veränderungen in Osteuropa löste sich der RGW zum 28. Juni 1991 auf.

⁸⁴ Hoensch, S. 186 ff.; Jakubec, S. 53/54.

⁸⁵ Im Jahre 1973/74 waren dies die fünf Straßenübergänge in Schirnding – Pomezí, Waidhaus – Rozvadov, Furth im Wald – Folmava, Bayerisch Eisenstein – Železná Ruda und Philippsreut – Strážný, sowie die beiden Eisenbahnübergänge Schirnding – Cheb und Furth im Wald – Česká Kubice.

⁸⁶ Bayerwald-Echo vom 26.11.1976 und 23.12.1976.

⁸⁷ Jakubec, S. 55; Bayerwald-Echo vom 26.11.1976.

in Westeuropa erworbene Produkte eingeführt werden sollten, Warenausfuhren nach Bayern erfolgten nicht.



Durchführung eines Schwertransports über Höll Lísková 1978 (Quelle: Karlheinz Schröpfer)

Da es sich hierbei ausschließlich um Industrieanlagen und Maschinen handelte, dürften die Transporte eine unmittelbare Folge des XV. Parteitags der KPČ vom April 1976 gewesen sein, auf dem der Ersatz veralteter Fertigungsanlagen zur Steigerung der Wirtschaftskraft angekündigt wurde.⁸⁸ Diese These wird nachhaltig durch den Umstand gestützt, dass unter anderem Importe für die bislang vernachlässigte chemische Industrie vorgenommen wurden, die einer dringenden Modernisierung bedurfte.⁸⁹

Datum:	Einfuhrgut:	Transportfirma:	Zielort:
24.11.1976	Förderanlage	Fa. Rosenkranz (BRD)	Chvaletice / ČSSR
22.12.1976	Maschinenteile	Fa. Rosenkranz (BRD)	Chvaletice / ČSSR
02.05.1977	Heizkessel	Fa. Krause	nicht bekannt / ČSSR

⁸⁸ Hoensch, S. 185 u. 196, Jakubec, S. 71. Jakubec bemerkt hierzu, dass aus der BRD vor allem Maschinen und andere technische Ausrüstungsgüter importiert wurden, die größere Kapitalinvestitionen und durchschnittlich einen höheren technischen Standard besaßen.

⁸⁹ Hoensch, S. 186.

		(BRD)	
09.06.1977	Pressen für Schiffsplanken	Fa. Rosenkranz (BRD)	nicht bekannt / ČSSR
26.08.1977	Kessel	Fa. Bertach (Österreich)	nicht bekannt / ČSSR
18.01.1978	Tiefkühlaggreat	nicht bekannt	Zálučí bei Most / ČSSR (Fa. Chemopetrol)
18.02.1978	Kühlbox	Fa. Baumann (BRD)	Zálučí bei Most / ČSSR (Fa. Chemopetrol)
04.05.1978	Industriezylinder	Fa. Franke (BRD)	nicht bekannt / ČSSR
14.08.1978	Raupenbagger	Hungarocameon (Ungarn)	Budapest / Ungarn (umgeleitet wg. Überbreite)
30.08.1978	Nachverarbeitungs- maschine für Glasindustrie	Fa. Militzer- Münch (BRD)	Světlá nad Sázavou / ČSSR
10.04.1980	Bagger	Fa. Reymer (BRD)	nicht bekannt / ČSSR
26.06.1980	Boiler / Röhrenschlangen	ČSAD Praha (ČSSR)	Ružomberok / ČSSR (Fa. Celulosky Papierne)
04.11.1980	Hydro-Oberdruck- Rohrkalibrierpresse	ČSAD Ostrava (ČSSR)	Brno / ČSSR (Fa. Karlovy Polna)
10.03.1982	Kaltbox	Fa. Reymer (BRD)	Zálučí bei Most / ČSSR (Fa. Chemopetrol)
04.03.1983	Großteile für Rohrportalkran	ČSAD (ČSSR)	nicht bekannt / ČSSR
23.09.1983	Zentralheizungsanlage	ČSAD Ostrava (ČSSR)	Hradiště / ČSSR (Fa. Jinmoravska Cukrovary U.)
05.10.1983	Zentralheizungsanlage	ČSAD Ostrava (ČSSR)	Hradiště / ČSSR (Fa. Jinmoravska Cukrovary U.)

Übersicht der Schwertransporte am Grenzübergang Höll – Lísková zwischen 1976 und 1983⁹⁰
Auffällig ist zudem, dass die Tschechoslowakei bis zum April 1980 westdeutsche und österreichische Unternehmen mit den Schwertransporten beauftragte. Ab Juni 1980 übernahm dann die staatliche tschechoslowakische Transportfirma ČSAD⁹¹ (mit einer Ausnahme im März 1982) die Durchführung. Dieser Wechsel steht möglicherweise im Zusammenhang mit der Eröffnung einer Handelsabteilung in der tschechoslowakischen Botschaft in Bonn im Mai 1980, die es gestattete, direkte Kontakte mit Wirtschaftspartnern und staatlichen Stellen aufzunehmen und eine Abwicklung über westdeutsche Transportfirmen damit überflüssig

⁹⁰ Erstellt nach: StAam/Grepo/Furth im Wald/40: Grenzlagemeldungen, Schreiben der Grenzpolizei.

⁹¹ ČSAD (Československá Státní Automobilová Doprava) war ein staatliches Verkehrsunternehmen der Tschechoslowakei, das zwischen 1949 und 1990 sowohl den Personentransport mit Überlandbussen, als auch den überregionalen Güterkraftverkehr organisierte.

machte.⁹²

Denkbar ist allerdings auch, dass seitens der ČSSR ein klares Signal gesetzt werden sollte. Immerhin regte die Nutzung des Übergangs in Höll – Lísková auf der bayerischen Seite erneut die Diskussion um dessen dauerhafte Freigabe an. Schon im Dezember 1976 hatte das Bayerwald-Echo, eine regionale Tageszeitung, die Hoffnung geäußert, „*dass eines Tages doch noch die Grenze in Höll speziell für solche schwere Ladungen offiziell geöffnet wird*“.⁹³ Nach der Durchführung des Transports im April 1980 empfahl die Chamer Zeitung gar, „*mit den östlichen Nachbarn in Verhandlungen zu treten*“.⁹⁴ Solche Überlegungen lagen den tschechoslowakischen Behörden jedoch fern. Am 5. Oktober 1983 erfolgte nach insgesamt 17 Transporten letztmalig eine Einfuhr über Höll.⁹⁵ Mit dem Abschluss von Umbauarbeiten am Grenzübergang Waidhaus – Rozvadov, an dem aufgrund von Sicherungsmaßnahmen zur Fluchtverhinderung (Fahrbahnverengungen etc.) eine Abfertigung der Transporte bislang nicht möglich war, konnte der Schwerverkehr fortan dort abgewickelt werden. Eine neuerliche Öffnung in Höll – Lísková hingegen wurde seitens der ČSSR nicht mehr in Erwägung gezogen.⁹⁶

Selbst die seit 1985 im Zuge der sowjetischen Reformpolitik Michail Gorbatschows zu beobachtenden Veränderungen in Osteuropa brachten angesichts des starren Festhaltens der tschechoslowakischen Regierung an überkommenen Dogmen keinen Wandel an der Grenze mit sich.⁹⁷ Eine 1987 von der Bundesregierung unternommene Initiative zur Eröffnung weiterer Übergänge verlief abermals ergebnislos.⁹⁸ Der zwischenzeitlich zum Landtagsmitglied aufgestiegene Dr. Max Fischer konstatierte noch am 27. Oktober 1989, dass es momentan keinen Sinn habe, „*einen Antrag zu stellen, dass der Grenzübergang in Höll wieder geöffnet wird*“.⁹⁹ Erst mit den politischen Veränderungen in Osteuropa und der „Samtenen Revolution“ in der ČSSR im Spätherbst 1989 boten sich neue Handlungschancen, die sich auch auf den Grenzübergang Höll - Lísková auswirkten. Dessen symbolische Öffnung erfolgte bereits am 26. Januar 1990, die offizielle Freigabe für den Verkehr schloss

⁹² Jakubec, S. 60/61.

⁹³ Zitiert nach: Bayerwald-Echo vom 23.12.1976.

⁹⁴ Zitiert nach: Chamer Zeitung vom 11.04.1980.

⁹⁵ StAam/Grepp/Furth im Wald/40: Grenzlagemeldung vom 05.10.1983.

⁹⁶ Siehe hierzu auch: StAam/Grepp/Furth im Wald/40: Schreiben des Präsidiums der Bayerischen Grenzpolizei vom 18.04.1978. Ein für den 31.10.1983 angekündigter Transport wurde bereits nicht mehr in Höll abgefertigt.

⁹⁷ Die von Michail Gorbatschow propagierte Politik von Glasnost und Perestrojka fand innerhalb der KPČ nur wenig Unterstützung. Der ZK-Sekretär Bilak warnte gar vor den unvorhersehbaren Gefahren eines „Umbaus“. Dass sich hieraus jedoch auch Möglichkeiten für Veränderungen an der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze ergeben hätten, macht das Beispiel Ungarns deutlich, das im Mai 1989 mit dem vollständigen Abbau seiner Grenzanlagen begann.

⁹⁸ Jakubec, S. 145.

⁹⁹ Chamer Zeitung vom 01.08.1990.

sich am 1. August (Fußgänger / Radfahrer) bzw. am 1. November 1990 (Fahrzeuge) an.¹⁰⁰

Erfüllte Erwartungen? Ein Ausblick auf die Auswirkungen der Grenzöffnung nach 1990

Die positive Bevölkerungsentwicklung im Gebiet der Stadt Waldmünchen bestätigte zunächst die in eine Grenzöffnung gesetzten Erwartungen. Gegenüber den Werten der Volkszählung vom Mai 1987 (7.274) nahm die Einwohnerzahl bis zum 31. Dezember 1990 um 377 auf 7.651 Personen zu. Langfristig jedoch konnte keine Verbesserung konstatiert werden. Die Werte fielen von 7.486 Einwohnern im Jahre 2000 auf aktuell 6.989 Einwohner zum 30.06.2010 ab. Damit wurde noch der Stand von 1980 mit 7.191 Einwohnern unterschritten.¹⁰¹ Selbst die vollständige Aufhebung der Grenzkontrollen durch den Beitritt der Tschechischen Republik zum Schengener Raum am 01. Januar 2008 führte folglich zu keinem Bevölkerungszuwachs.

Ebenso blieb eine wirtschaftliche Stabilisierung bzw. ein ökonomischer Zuwachs in der Region aus. Zwar kam es seit der Grenzöffnung zu zahlreichen Neuansiedlungen von Betrieben, doch litten vor allem die Textil- und die Elektroindustrie in den 1990er Jahren unter Produktionsverlagerungen und Werksschließungen. Insbesondere die ungünstigen Standortfaktoren Waldmüchens (hohe Transport- und Vertriebskosten etc.) wirkten hier einer positiven Entwicklung entgegen.¹⁰²

Dennoch zeigt die kontinuierliche Zunahme des Durchgangsverkehrs, dass die Stadt Waldmünchen wieder wie einst an einer wichtigen Ost-West-Verbindung zwischen Nürnberg und Pilsen liegt.¹⁰³ Auch die Beziehungen zur tschechischen Nachbargemeinde Klenčí pod Čerchovem konnten seit Beginn der 1990er Jahre intensiviert werden. Das Ziel3-geförderte „Aktionsbündnis Čerchov“ (EU-Programm Interreg IV)¹⁰⁴, in dem beide Städte mitwirken, ist nur ein Beispiel für deren Zusammenarbeit und unterstreicht nachhaltig, welche Bedeutung die geöffnete Grenze für den neuerlichen Aufbau überregionaler Verflechtungen hat.

Schlussfolgerung:

Am Beispiel des Altlandkreises Waldmünchen lassen sich symptomatisch die Charakteristika

¹⁰⁰ Chamer Zeitung vom 27.01.1990, Sonderbeilage der Chamer Zeitung zur Wiedereröffnung des Grenzüberganges Waldmünchen / Höll – Lísková am 1. August 1990; Waldmünchen, S. 150-152.

¹⁰¹ Zahlen nach: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, Stand Januar 2011.

¹⁰² Waldmünchen, S. 270-279. Siehe die dortigen Ausführungen Dr. Dietrich Mankses zu Gewerbe- und Industriebetrieben im Raum Waldmünchen.

¹⁰³ Siehe hierzu den Planfeststellungsbeschluss der Regierung der Oberpfalz zur Verlegung der Staatsstraße 2146 Waldmünchen – Landesgrenze vom 09.04.2010, S. 22-27 (Darstellung der Verkehrsentwicklung seit 1990).

¹⁰⁴ www.waldmuenchen.de/aktionsbuenndnis_cerchov.html

einer durch den Eisernen Vorhang beschnittenen Region und deren Abhängigkeit von den Strukturen jenseits der Grenze aufzeigen. Der Verlust früherer Handelsbeziehungen infolge der Schließung des für die Rohstoffeinfuhr wichtigen Übergangs Höll – Lísková führte hier schon in den 1950er Jahren zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen, die in dem industriell nur schwach entwickelten Gebiet entsprechende gesellschaftliche und ökonomische Konsequenzen nach sich zogen. Betriebsschließungen, hohe Arbeitslosenzahlen und eine Abwanderung der Bevölkerung in die städtischen Zentren waren die unmittelbaren Folgen, aus denen wiederum ein Anstieg der Fürsorgelasten des Bezirks und eine Destabilisierung des sozialen Gleichgewichts resultierten. Dass dabei finanzielle Aspekte und das Gefühl einer ökonomischen Benachteiligung unter der Grenzbevölkerung eine wichtige Rolle spielten, konnte bereits durch andere Studien nachgewiesen werden.¹⁰⁵

Von den betroffenen Wirtschaftszweigen hatte vor allem die Sägewerksindustrie als einer der zentralen Arbeitgeber des Kreises unter der Grenzschießung zu leiden, bezog diese ihr Holz bis 1945 doch vorrangig aus den böhmischen Wäldern. Aus den Unterlagen des Arbeitsamtes Cham geht hervor, dass zu Ende der 1950er Jahre nur noch die Hälfte der Betriebe aktiv waren und zudem mit verminderter Belegschaft arbeiteten. Vor diesem Hintergrund werden auch die Bemühungen des Landratsamtes Waldmünchen um eine Wiedereröffnung des Übergangs Höll – Lísková verständlich. Die Analyse der verfügbaren Aktenbestände zeigt, dass man dort seit 1956 mehrfach Versuche unternahm, über die bayerische Landesregierung und die Bundesregierung die tschechoslowakischen Behörden von einer erneuten Freigabe zu überzeugen und so eine wirtschaftliche Verbesserung für die Region herbeizuführen. Besonders in den 1960er Jahren engagierten sich die zuständigen Landräte für die Wiederaufnahme des grenzüberschreitenden Verkehrs, durch den sie sich eine Sicherung von Arbeitsplätzen und die Neuansiedlung von Betrieben erhofften.

Dass diese Anstrengungen dennoch bis 1990 ergebnislos verliefen, ist primär auf die übergeordnete politische Lage im Kontext des Kalten Krieges zurückzuführen. In Ost wie West verhinderten ideologische Motive und politische Maßgaben eine Annäherung, die eine positive Rückkoppelung auf die Grenzsituation gestattet hätte. So bestand seitens der tschechoslowakischen Regierung angesichts einer möglichst umfassenden Abgrenzung gegenüber dem kapitalistischen Ausland kaum Interesse daran, über die bereits geöffneten oder zur Öffnung vorgesehenen Übergangsstellen hinaus weitere Verkehrsverbindungen zu schaffen, die gleichzeitig das Risiko von Republikfluchten erhöhten. Zudem konnte bis zum

¹⁰⁵ Vgl. hierzu Eisch: Grenze, S. 102-109.

Beginn der 1970er Jahre keine Verständigung über die strittige Frage der Revision des Münchner Abkommens erzielt werden, die von den tschechoslowakischen Behörden aber als grundlegend für weitere Verhandlungen erachtet wurde.

Gleichzeitig spielten wirtschaftliche Aspekte eine entscheidende Rolle für die Bereitschaft der Tschechoslowakei zur Öffnung des Eisernen Vorhangs. Die in den 1960er Jahren am Grenzübergang Höll – Lísková temporär genehmigten Holzeinfuhren, die über das Prager Außenhandelsunternehmen Ligna abgewickelt wurden, resultierten aus der schwierigen ökonomischen Lage der ČSSR und verdeutlichen, dass es sich hierbei lediglich um eine Maßnahme zur Devisenbeschaffung handelte. Selbst während der Liberalisierungsphase des „Prager Frühlings“ in der ersten Jahreshälfte 1968 blieb eine Grenzöffnung in Höll stets an das Kriterium der wirtschaftlichen Rentabilität geknüpft, das den tschechoslowakischen Behörden nicht gegeben schien. Die zwischen 1976 und 1983 über Höll - Lísková durchgeführten Schwertransporte, mit denen ausnahmslos Industrieanlagen in die ČSSR importiert, jedoch in Gegenrichtung keine Güter exportiert wurden, zeigen schließlich, dass eine Grenzöffnung gänzlich von den Eigeninteressen und ökonomischen Erfordernissen der Tschechoslowakei abhängig war und jederzeit nach Belieben widerrufen werden konnte.

Ungeachtet der Tatsache, dass die Entscheidungsgewalt für eine Freigabe des Übergangs in Höll – Lísková damit eindeutig bei der Prager Regierung lag, finden sich auch auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland Hürden, die eine Grenzöffnung erschwerten. Besonders die in ihren Grundzügen noch bis 1969 gültige Hallstein-Doktrin schränkte die Möglichkeiten zu diesbezüglichen Verhandlungen erheblich ein und bekräftigte die tschechoslowakische Regierung in ihrer Abgrenzungspolitik. Zudem hielt die Bundesregierung bis weit in die 1960er Jahre an ihrem Standpunkt fest, dass eine Öffnung im Hinblick auf die einseitige Schließung der Übergänge im Jahre 1945 von der ČSSR ausgehen müsse und wies damit jegliche Initiative von sich. Dass darüber hinaus lokale bayerische Interessengruppen gegen eine Grenzöffnung votierten¹⁰⁶, belegt, wie kompliziert sich die Ausgangslage für eine Grenzöffnung auch im Westen gestaltete.

Die eingangs formulierte Fragestellung, ob die Bemühungen um eine dauerhafte Wiedereröffnung des Grenzüberganges Höll – Lísková reale Handlungschancen boten bzw. ob es sich gar um eine verpasste Gelegenheit gehandelt habe, kann daher eindeutig verneint werden. Für einen Erfolg des Landratsamtes Waldmünchen wären beiderseits der Grenze veränderte politische Rahmenbedingungen erforderlich gewesen, die sowohl in der

¹⁰⁶ Vgl. hierzu den Protest der Kreisverbände der bayerischen Forstwirtschaft zu Beginn der 1960er Jahre gegen weitere Holzimporte aus der ČSSR.

Tschechoslowakei, als auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Abkehr von politischen Dogmen und eine frühzeitige Annäherung zwischen beiden Regierungen vorausgesetzt hätten. Unter den gegebenen Bedingungen der Ost-West-Konfrontation ließen sich diese jedoch nicht realisieren. Auch spielte das Landratsamt Waldmünchen ungeachtet seines Engagements eine zu unbedeutende Rolle, um wirklich Einfluss auf übergeordnete politische Entscheidungen nehmen zu können. So mussten die regionalen Anstrengungen um eine erneute Freigabe des grenzüberschreitenden Verkehrs bei Höll letztlich folgenlos bleiben.

Diese Entwicklung war ebenso an anderen Orten entlang der Grenze zu beobachten. Der Landkreis Waldmünchen steht stellvertretend für eine Reihe weiterer Regionen, die durch die Errichtung des „Eisernen Vorhanges“ ihr wirtschaftliches Hinterland verloren und vergleichbare Versuche unternahmen, eine neuerliche Öffnung der Grenze zu erwirken.¹⁰⁷

Noch 1987 ließ beispielsweise die Gemeinde Mähring ein verkehrs- und wirtschaftsgeographisches Gutachten für eine Wiedereröffnung des Grenzüberganges Mähring – Broumov erstellen, ohne eine positive Veränderung der Situation herbeiführen zu können.¹⁰⁸ Die Ergebnisse des vorliegenden Beitrags sind daher im Wesentlichen auch auf andere, nach 1945 geschlossene Grenzübergänge übertragbar.

Den Landratsämtern in den bayerischen Grenzkreisen zur Tschechoslowakei bleibt dennoch anzurechnen, dass sie sich trotz der bestehenden Schwierigkeiten kontinuierlich für die Freigabe weiterer Übergänge einsetzten. Wenngleich dieses Engagement auch primär durch wirtschaftliche Interessen bestimmt wurde und man die bestehenden Hindernisse nicht zu überwinden vermochte, so lässt sich doch feststellen, dass man den Zustand der geschlossenen Grenze nicht bedingungslos akzeptierte, sondern sich schon früh um eine neuerliche Verbindung zum Nachbarland bemühte.

¹⁰⁷ Bereits 1956 stellte das Landratsamt Wolfenstein (Niederbayern) entsprechende Anträge zur Wiedereröffnung der Grenzübergänge Haidmühle – Nove Udoli (Neuthal) und Philippsreuth – Strážný (Kuschwarda). Ebenso zeigten die im Bereich Waldsassen ansässigen Porzellanfabriken und Ziegeleien seit den 1960er Jahren Interesse an einer Wiedereröffnung der Grenzübergänge Mähring Broumov (Promenhof) und Hundsbach – Svatý Kříž (Heiligenkreuz), um ihre Rohstoffe auf direktem Wege aus der ČSSR zu beziehen.

¹⁰⁸ Manske, Dietrich: Überlegungen zur Wiedereröffnung des Grenzüberganges Mähring – Broumov. Ein verkehrs- und wirtschaftsgeographisches Gutachten. Regensburg 1987.